

Antworten des Landesverbandes DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine des Deutschen Hanfverbandes

1. Wie beurteilen Sie das von der Ampel-Regierung umgesetzte Cannabisgesetz, nach dem nun der legale Besitz und Eigenanbau von Cannabis sowie Anbauvereine möglich sind?

Das Cannabisgesetz hat große Schwächen. Wir als DIE LINKE befürchten, dass es in der Umsetzung leider nicht zu dem erforderlichen Effekt, der Entkriminalisierung, kommen wird, sondern weiter der Konsum oder auch Anbau durch die Strafverfolgungsbehörden verfolgt werden wird. Anders als versprochen, wird der Umgang mit Cannabis nicht legalisiert, sondern komplizierter. Es gibt jede Menge willkürliche Beschränkungen. Die Vorschriften für Cannabis-Clubs sind so komplex, dass viele Interessierte an den bürokratischen Hürden scheitern werden.

Für uns als LINKE haben Gesundheits- und Jugendschutz Priorität: Cannabisfreigabe erst ab 18 und Strafverfolgung für diejenigen, die an Minderjährige verkaufen, nicht aber für die Minderjährigen selbst. Eigenanbau muss ohne Probleme möglich sein. Das schließt den geregelten und gemeinschaftlich organisierten Anbau von Cannabis mit ein, etwa im Rahmen von Cannabis Social Clubs. Der Handel wiederum muss auch online in einem zweistufigen Verfahren möglich sein.

2. Die gesetzlichen Regelungen zur Entkriminalisierung von Cannabiskonsum und Anbauvereinen werden je nach Bundesland sehr unterschiedlich ausgelegt (Bußgeldkatalog, Konsumverbote auf Volksfesten, Genehmigung und Kontrolle von Anbauvereinigungen). Wollen Sie diese Ermessensspielräume eher für liberale oder eher für restriktive Regelungen nutzen?

DIE LINKE steht seit vielen Jahren an der Seite der Cannabis-Konsumierenden und setzt sich für liberale Regelungen ein.

3. In einem weiteren Gesetzesvorhaben ist geplant, kommunale, wissenschaftliche Modellprojekte zuzulassen, die die Auswirkungen eines komplett regulierten Cannabismarktes vom Anbau bis zum Verkauf in Fachgeschäften erforschen sollen. Wie stehen Sie zu solchen Modellprojekten in Ihrem Bundesland?

Solche umfassenden Projekte werden wir unterstützen, weil das Cannabisgesetz leider nicht die versprochene Legalisierung gebracht hat.

4. 2023 wurde die gesetzliche Grundlage für wissenschaftliche Modellprojekte geschaffen, in denen die Auswirkungen von Substanzanalysen illegaler Drogen (Drug Checking) erforscht werden sollen. Befürworten Sie dies in Ihrem Bundesland? Würden Sie ggf. solche Projekte aus Landesmitteln fördern?

Uneingeschränkt ja, DIE LINKE steht für eine gesundheitsorientierte und selbstbestimmte Drogenpolitik und Suchtprävention. Statt Drogenkonsum zu kriminalisieren, wollen wir einen effektiven Jugend-, Gesundheits- und Verbraucherschutz ermöglichen und Menschen in Abhängigkeit aus ihrer Sucht begleiten.

Drogenkonsumierende müssen u.a. über die Gefahren neuer Drogen, (bspw. synthetischer Drogen) aufgeklärt werden. Die meist chemisch hergestellten Substanzen sind deutlich potenter als bisher umläufige Drogen und sind schwerer bis nicht zu substituieren. Dazu sind sie erheblich günstiger zu erwerben. Der Gefahr des Drogenkonsums, insbesondere wenn Konsumierende nicht wissen, was genau sie zu sich nehmen, kann an Drug-Checking-Stationen wirksam begegnet werden.

Konsumierende können dort vor gefährlichen Drogen gewarnt werden und so weniger gefährdende Konsumentenscheidungen treffen.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, die finanziellen Mittel für eine langfristige Möglichkeit des Drug-Checking im Land bereitzustellen.

5. Wie stehen Sie zur flächendeckenden Einführung von THC-Speicheltests anstelle von Urintests bei Verkehrskontrollen? Sehen Sie wegen des CanG und des neuen THC-Grenzwertes einen Bedarf für mehr Verkehrskontrollen?

Grundsätzlich sind Speicheltests einer Urinprobe vorzuziehen. Wir sehen keinen grundsätzlichen Mehrbedarf für Verkehrskontrollen wegen des Cannabisgesetzes und des neuen THC-Grenzwertes.

6. Welche drogenpolitischen Initiativen gab es von Ihrer Fraktion in der aktuellen Legislaturperiode? (Bitte listen Sie Anträge, Anfragen etc. konkret und mit Link auf, damit wir Ihre parlamentarische Arbeit besser einschätzen können!)

Antrag auf Durchführung eines Fachgesprächs zum Nutzhanfanbau im Agrar- und Umweltausschuss (Dezember 2020):

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/apr/ALUK/16-017.pdf>

Änderungsantrag zu einem Antrag zum Nutzhanfanbau (März 2021):

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab3200/3255.pdf>

Kleine Anfrage zur Strafverfolgung bei Cannabisdelikten (März 2021):

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab3400/3476.pdf>

Landtagsantrag Entkriminalisierung Cannabis (Dezember 2021):

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab4200/4253.pdf>

Berichtsanhörung im Innenausschuss zur Arbeitsbelastung der Polizei im Zusammenhang mit Cannabis (Dezember 2021):

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/apr/AIK/31-015.pdf>

Antrag auf Berichterstattung zur Umsetzung des Landtagsbeschlusses zum Nutzhanf (April 2023):

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/apr/ALUK/48-011.pdf>

Öffentliches Fachgespräch im Landtag zum Nutzhanfanbau (Januar 2024):

https://www.youtube.com/watch?v=RvPFvHpB_a8

Landtagsantrag „Regionale Wertschöpfung mit Nutzhanf erleichtern und unterstützen (Februar 2024):

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab9100/9156.pdf>

Mehrere Mündliche Anfragen zu Nutzhanf und zur Cannabislegalisierung:

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/plpr/68-055.pdf>,

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/plpr/86-012.pdf>,

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/plpr/96->

[020.pdf](#),

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/plpr/104-006.pdf>,

<https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/plpr/105-005.pdf>

7. Welche drogenpolitischen Initiativen planen Sie in der nächsten Legislaturperiode?

Wir werden Kampagnen zur Aufklärung über Suchterkrankungen etablieren, um das Bewusstsein zu schärfen und Vorurteile abzubauen. Auf landespolitischer Ebene gilt es, die Regelungen zur Umsetzung des Cannabisgesetzes positiv liberal umzusetzen.

Unser Ziel ist die Überarbeitung der aktuellen Drogenpolitik hin zu einem Modell, das auf Entkriminalisierung basiert und den Schwerpunkt auf Gesundheit und Prävention legt. Für häufig gebrauchte Drogen wollen wir die Strafverfolgung durch Beratungs- und Hilfsangebote ersetzt werden. Wir wollen Harm-Reduction-Programme unterstützen und setzen uns für einen flächendeckenden Zugang zu Drogenkonsumräumen, zu sterilen Konsumutensilien, etwa durch Spritzentauschprogramme, sowie für die Take-Home-Vergabe von Naloxon ein. Wir werden dafür sorgen, dass analysegestützte Präventionsprogramme (Drug Checking) ausdrücklich ermöglicht und durch das Land gefördert werden.

Wir wollen an den Brandenburger Hochschulen interdisziplinäre Forschungsprojekten zu Suchtprävention, Behandlungsmethoden und den sozialen Ursachen von Drogenkonsum mit Landesmitteln unterstützen.

Weiter wollen wir die sozialen Systeme durch einen Ausbau sozialer Dienste, die indirekt zur Prävention von Sucht beitragen, Bildungsmöglichkeiten und Wohnraumförderung stärken. Wir wollen Substitutionstherapien für alle Opioid-Abhängigen ermöglichen und dafür den Zugang und die Behandlung, auch in Haftanstalten vereinfachen. Auch die diamorphingestützte Behandlung (Heroinvergabe) und die Take-Home-Regelung sollen ausgebaut werden.

8. Wie stehen Sie grundsätzlich zur vollständigen Legalisierung von Cannabis, also einer bundesweiten, vollständigen Regulierung des existierenden Cannabismarktes mit Fachgeschäften wie z.B. in Kanada?

DIE LINKE unterstützt alle Bemühungen für eine vollständige Legalisierung von Cannabis.